

gleiche Herausforderung: Sie müssen die nötigen Hilfestellungen leisten, ohne die die DDR-Kirchen ihren erweiterten Freiheitsraum nicht nutzen können, ohne dabei allerdings deren

Befürchtungen vor einer zu glatten Vereinnahmung durch die institutionell und finanziell übermächtige bundesdeutsche Kirche zu übersehen.

U. R.

ÖRK: Weltversammlung von Seoul bleibt hinter den Erwartungen zurück

Die vom Ökumenischen Rat der Kirchen veranstaltete Weltversammlung über Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, die vom 5. bis zum 12. März in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul tagte, war als Höhepunkt des „konziliaren Prozesses“ gedacht, zu dem der ÖRK seine Mitgliedskirchen bei der sechsten Vollversammlung 1983 in Vancouver aufgerufen hatte. Daß diese Erwartung nicht erfüllt wurde und das Treffen von Seoul die vorgesehenen Ziele nur in beschränktem Umfang erreichte, hatte mehrere Ursachen: Mängel in der Vorbereitung und Durchführung der Versammlung, zu unterschiedliche Voraussetzungen bei den Delegierten, Schwierigkeiten, eine gemeinsame Sprache zu finden, in der Christen aus verschiedenen Erdteilen und Kirchen die großen Weltprobleme aus ihrem Glauben heraus beurteilen und Handlungsperspektiven formulieren können.

Die Weltversammlung hatte große Mühe, ein Ergebnisdokument zustande zu bringen. Der erste Teil des Ende letzten Jahres vom ÖRK vorgelegten Entwurfs, der eine Beschreibung der gegenwärtigen Weltsituation und theologische Grundaussagen zum Bund Gottes mit den Menschen enthält, wurde in Seoul nur zur Kenntnis genommen. Verabschiedet wurden neben einer kurzen Botschaft zehn grundlegende Aussagen („affirmations“) zum christlichen Zeugnis für Frieden, Gerechtigkeit und Schöpfungsbewahrung sowie vier „Bundesschlüsse“ (für eine gerechte Wirtschaftsordnung, für eine Entmilitari-

sierung der internationalen Beziehungen, für die Erhaltung der Erdatmosphäre und für die Überwindung des Rassismus), allerdings nur in allgemeiner Form, ohne die im Entwurfstext vorgesehenen Konkretionen.

Die westlichen Länder auf der Anklagebank

Das Motiv des *Bundes* lag als theologischer Rahmen der ganzen Weltversammlung zugrunde. Jedem Tag war ein Teilelement einer Liturgie des Bundesschlusses zugeordnet: Lob und Anbetung; Buße/Sündenbekenntnis; Verkündigung des Wortes Gottes; Bekräftigung des Glaubens; Fürbitte; Verpflichtung („commitment“); Bundesschluß („covenanting“) und Aussendung. Am Anfang der täglichen Arbeit des Treffens standen jeweils entsprechende Gottesdienste, Bibelarbeiten oder Zeugnisse von Opfern ungerechter Verhältnisse. Allerdings blieb für viele Teilnehmer dieser theologische Rahmen mit seinen einzelnen Schritten ein bloßes Konstrukt, mit dem sie sich nur schwer befreunden konnten.

In Seoul wurde nur ein Hauptreferat gehalten. Redner war der Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates, *Frank Chikane*, der scharfe Kritik an den westlichen Industrieländern übte und den Kapitalismus als Mitverursacher für die ungerechten Strukturen in vielen Entwicklungsländern attackierte. Nach den Umwälzungen im sozialistischen Osteuropa mußten sich jetzt auch der Kapitalismus und die westlichen Demokratien in Frage stel-

len. Aufgabe der Kirchen müsse es sein, die Entwicklung von neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodellen in die Wege zu leiten, nachdem die alten europäischen Modelle versagt hätten. Zu den Themen der drei „Bundesschlüsse“ (Militarisierung, Auslandsverschuldung, Klimaveränderung) fanden zu Beginn der Weltversammlung *Hearings* statt. Die meiste Zeit tagten die Delegierten (von den 500 gemeldeten Delegierten aus den Mitgliedskirchen des ÖRK waren knapp über 400 nach Seoul gekommen) in zwanzig *Arbeitsgruppen*, die sich vor allem mit dem Entwurfstext befassen sollten. Viele Delegierte aus nichteuropäischen Kirchen hatten den Text allerdings erst in Seoul zu Gesicht bekommen, so daß sich die Arbeit entsprechend mühsam gestaltete.

Schon von Anfang zeigte sich bei den Diskussionen auf der Weltversammlung ein Grundproblem, das vorhersehbar war: Der Versuch, weltweit gültige und für die Kirchen aller Erdteile annehmbare Aussagen zu den Bedrohungen von Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung bzw. ihrer Überwindung zu formulieren, geriet in Konflikt mit dem Bestreben der Delegierten aus den verschiedenen Regionen, ihre Sichtweisen und Anliegen möglichst deutlich zur Geltung zu bringen. Vor allem Kirchenvertreter aus Ländern der Dritten Welt monierten in Seoul, daß der Entwurfstext zu sehr aus europäisch-westlicher Optik verfaßt sei und daß das für sie vorrangige Thema Gerechtigkeit nicht genügend Gewicht habe. „Den meisten Afrikanern wurde im Schlußdokument der Rassismus zu wenig ausführlich und deutlich verurteilt. Die gastgebenden Koreaner erhofften sich von der Versammlung eine klare Stellungnahme in der Frage der Wiedervereinigung ihres Landes. Lateinamerika verlangte die Verurteilung der USA, aber dies wieder mit einer anderen Stoßrichtung als die Vertreter der nordamerikanischen Indianer“ (*Eduard Abel*, in: *NZZ*, 14. 3. 90).

Schon der in Seoul diskutierte Entwurf für ein Dokument der Versammlung enthielt z.T. überspitzte und verkürzende Aussagen zu den Ursa-

chen und Erscheinungsformen der gegenwärtigen Krisen unserer Zivilisation (etwa Nr. 70: „Das Streben nach Herrschaft ist uns zur Lebensform geworden. Die Erzielung immer größerer Profite ist unbestreitbar das Motiv aller Wirtschaftsbeziehungen und aller Geschäftstätigkeit“; Nr. 67: „Die heutige Wirtschaft beruht auf modernen Produktionsmöglichkeiten wie nie zuvor“). Auf der Versammlung selber verstärkte sich demgegenüber noch der Trend zu pauschalen Forderungen und Anklagen. *Henri Tincq* resümierte in „Le Monde“ (13. 3. 90): „Die Dritte-Welt-Slogans, die antirassistischen und feministischen Parolen, die Grundsatzforderungen, die utopischen und großzügigen Entwürfe haben oft die Analyse ersetzt.“ Wie schon bei früheren ökumenischen Treffen artikulierte sich auch bei der Weltversammlung von Seoul mehr die *Betroffenheit* von Christen angesichts massiver Ungerechtigkeiten und vielfältiger Lebensbedrohungen als die Bereitschaft, sich auf den mühsamen Prozeß effektiver Veränderungen einzulassen.

Die regionale Ebene ist entscheidend

Dennoch wäre es falsch, die Weltversammlung einfach als gescheitertes Unternehmen abzubuchen. Schließlich ist auf dem Weg nach Seoul in zahlreichen Ländern und Kirchen einiges unternommen worden, um die weltweiten Herausforderungen im Blick auf Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung bewußt zu machen. Ungeachtet der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit und mancher organisatorischer Mängel, war Seoul selber ein Forum für die Begegnung und den Erfahrungsaustausch von Christen der verschiedenen Weltgegenden und konfessionellen Traditionen. Die in Seoul verabschiedeten und liturgisch bekräftigten Leitaussagen und Bundesschlüsse stecken einen Rahmen für weitere Bemühungen ab. Im einzelnen geht es bei den „affirmations“ um die Überordnung des dreifaltigen Gottes über jede menschliche

Macht, die besondere Liebe Gottes zu den Armen, die Gleichheit aller Rassen und Völker, das gleiche Menschsein von Mann und Frau, Jesus Christus als die Wahrheit und den Frieden, die Liebe Gottes zur ganzen Schöpfung und Gott als den Herrn der Erde, die Würde junger Menschen und die Menschenrechte als Geschenk Gottes.

Verlauf und Ergebnis von Seoul haben deutlich gemacht, daß die Voraussetzungen für eine überzeugende gemeinsame Selbstverpflichtung der christlichen Kirchen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung *auf Weltebene noch nicht gegeben sind*. Es war demgegenüber der Vorteil der Ökumenischen Versammlung von Basel im Mai letzten Jahres (vgl. HK, Juli 1989, 297 ff.), daß sich die Kirchenvertreter dort auf den trotz aller Unterschiede noch überschaubaren europäischen Kontext abstützen konnten. Überdies erhielt das Basler Treffen durch die politischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa und ihre Auswirkungen auf die Kirchen zusätzlichen Schwung. Die Zukunft des „konziliaren Prozesses“ dürfte deshalb zunächst auf *regionaler Ebene* liegen, sei es daß sich die christlichen Kirchen eines Landes oder eines Kontinents gemeinsam um Antworten auf die jeweiligen Herausforderungen bemühen, sei es daß in Partnerschaften zwischen Christen und Kirchen aus verschiedenen Weltgegenden das gegenseitige Verständnis wächst und konkrete Hilfestellungen über das bisherige Maß hinaus möglich werden. Die für Seoul in der Konzeption maßgebliche und dort auch praktizierte Idee des „Bundesschlusses“ könnte dabei durchaus gute Dienste leisten; schließlich hat sie ein solides biblisch-theologisches Fundament.

Katholische Bereitschaft zur weiteren Zusammenarbeit

Auf nationaler und regionaler Ebene war und ist die katholische Kirche am „konziliaren Prozeß“ für Frieden, Gerechtigkeit und Schöpfungsbewahrung vielerorts voll beteiligt. In Seoul

war die katholische Kirche offiziell nun durch zwanzig Berater („advisors“) unter Leitung des neuseeländischen Bischofs *Basil Meeking*, früherer langjähriger Mitarbeiter vom Einheitssekretariat und dort für die Beziehungen zum ÖRK zuständig, vertreten. Es gab allerdings auch etliche katholische Delegierte, darunter auch einen Bischof: Sie waren als Vertreter ihrer nationalen oder regionalen Kirchenräte für die Weltversammlung nominiert worden. Außerdem gehörten Katholiken zu den vom ÖRK für die Versammlung herangezogenen Experten. Schließlich war die katholische Christenheit in Seoul auch durch eine ganze Reihe von Gästen aus verschiedenen Ländern vertreten. Am Rand der Versammlung fanden drei Treffen der katholischen Teilnehmer statt. Bischof Meeking verlas am Ende der Weltversammlung eine von der offiziellen vatikanischen Delegation und den übrigen katholischen Teilnehmern gemeinsam getragene Erklärung, die den Willen der katholischen Kirche bekräftigte, soweit wie möglich mit den anderen christlichen Kirchen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zusammenzuarbeiten. Der Glaube an die Gemeinschaft Gottes mit den Menschen sei allen Christen gemeinsam und verpflichte sie daher zur ökumenischen Zusammenarbeit.

Klärungs- und Gesprächsbedarf besteht gerade auch nach Seoul im Blick auf die *theologischen und sozialetischen Grundlagen und Leitvorstellungen* für das gesellschaftspolitische Handeln von Christen. Der französische Theologe *René Coste*, Mitglied der vatikanischen Beraterdelegation, wies in Seoul bei einer Pressekonferenz darauf hin, im Entwurfstext fehle es am seriösen theologischen Ansatz und an der objektiven Analyse. Im Verständnis der Zuordnung von Glaube und Politik gebe es auch weiterhin Unterschiede zwischen der katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat der Kirchen. Allerdings finden sich solche Unterschiede (man denke nur an den Streit um Methode und inhaltliche Akzente der Theologie der Befreiung) auch innerhalb der katholischen Kirche.

U. R.